Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4133**
16. Wahlperiode 26. 01. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 31. Januar 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor über kartellrechtswidrige Absprachen in Europa bezüglich der Vergabe von Aufträgen für Kraftwerke im Allgemeinen und Atomkraftwerken im Besonderen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

2. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages zu einem Import- und Handelsverbot für Robbenprodukte vom 19. Oktober 2006 (Bundestagsdrucksache 16/2755) umzusetzen, und für wann ist in Deutschland mit dem Inkrafttreten des Verbotes zu rechnen?

3. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Umsetzung der Transparenzinitiative zur Offenlegung der Empfänger von Agrarsubventionen rechtzeitig erfolgt, damit die Informationen bei der Diskussion um die Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik im Rahmen des Midterm-Review 2008/2009 Berücksichtigung finden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wurden der Bundesregierung im Rahmen der Energiegipfelrunden Vorschläge vorgelegt, die die Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele unter Beibehaltung des Atomausstiegs beinhalten, und falls ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

5. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung zu, dass es sich bei der Frage der Finanzierung von schulischen Lernmitteln – ähnlich wie bei der Frage der Finanzierung mehrtägiger Klassenfahrten und entgegen ihrer Antwort auf meine schriftliche Frage im August 2006 (Bundestagsdrucksache 16/2415 Frage 12) – nicht vorrangig um eine Frage des Schulwesens handelt, die damit im Verantwortungsbereich der Länder liegen würde, sondern um eine soziale Frage einer Personengruppe, die somit im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) geregelt werden müsste, und inwieweit plant sie vor diesem Hintergrund die zurzeit bestehende Lücke im SGB II zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Wie vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung waren, ist seit 1998 diese Aufenthaltserlaubnis nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 des Ausländergesetzes nach unfreiwilliger Abwesenheit von sechs Monaten entzogen worden?

7. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Wie oft wurde in derlei Fällen von Bundes- oder Landesbehörden derjenige Staat und dessen Behörden, in dem sich der Ausländer unfreiwillig aufhielt, gebeten, ihm seinen Reisepass abzunehmen und einer deutschen konsularischen Vertretung zu überlassen, damit diese den darin befindlichen Aufenthaltstitel für Deutschland als ungültig abstempeln konnte?

8. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz des im Dezember 2006 auch von EU-Kommissar Franco Frattini kritisierten Automated Targeting System (ATS) durch US-Behörden zur Untersuchung von Flugpassagieren bei der Einreise in die USA?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

9. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Fälle von Insidergeschäften wurden seit 2001 durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht weitergeleitet, und in wie vielen Fällen kam es seit 2001 zu rechtskräftigen Urteilen?

10. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Freiheitsstrafen, Geldstrafen und Bewährungsstrafen wurden im Zusammenhang mit Insidergeschäften seit 2001 verhängt, und warum ist die Sanktionsquote bei Insiderverfahren so gering (vgl. Berliner Zeitung, 24. Januar 2007)?

11. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche kassenwirksamen Steuerausfälle durch die Unternehmenssteuerreform werden in den einzelnen Jahren des Finanzplanungszeitraums von der Bundesregierung jeweils für Körperschaft-, Gewerbe- und Einkommensteuer prognostiziert, und welche Annahmen insbesondere zum realen und nominellen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen der Prognose der Bundesregierung zugrunde, dass die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer im Jahr 2010 wieder das Niveau des Jahres 2007 erreichen werden (Handelsblatt, 24. Januar 2007)?

12. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gelang es der Bundesregierung nach ihren bisherigen Plänen für die Ausgestaltung einer Abgeltungssteuer, Finanzierungsneutralität zwischen Eigen- und Fremdkapital herzustellen, und falls dies nicht gelungen ist, wie beabsichtigt die Bundesregierung, den durch die unterschiedliche Steuersatzbelastung entstehenden Anreiz, Investitionen verstärkt mit Fremdkapital zu finanzieren, im Sinne einer soliden und krisenfesten Unternehmensfinanzierung abzumildern?

13. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat in Turkmenistan nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig Zugriff auf die bei der Deutschen Bank in Frankfurt geführten Konten des Ex-Diktators Saparmurat Nijasow, auf denen nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen insgesamt bis zu 12 Mrd. Euro deponiert sind?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 27.

14. Abgeordneter **Lutz Heilmann** (DIE LINKE.)

Trifft der Bericht der „Lübecker Nachrichten“ vom 17. Januar 2007 zu, dass in Schleswig-Holstein etwa 18 000 Anträge auf Kindergeld derzeit unbearbeitet sind, und wieso hat die Bundesregierung die Verzögerungen der Bearbeitung der Anträge auf Kindergeld noch immer nicht behoben, obwohl diese Verzögerungen seit mehr als einem Jahr bekannt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

15. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Gibt es ein Übereinkommen zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundesministerium für Gesundheit, wonach die landwirtschaftlichen Krankenkassen auch nach 2008 Bundesmittel gemäß § 221 SGB V zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtheit aller gesetzlichen Krankenversicherten erhalten werden, obwohl sie laut GKV-WSG-Entwurf nicht an dem geplanten Gesundheitsfonds beteiligt sind, und wenn nein, wie wird dann sichergestellt, dass die landwirtschaftlichen Krankenkassen ihren Anteil zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen gemäß § 221 SGB V erhalten, da sie als Teil der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben in gleicher Weise belastet werden wie die übrigen Krankenkassen der gesetzlichen Krankenversicherung?

16. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Wenn ja, wann und an welcher Stelle ist bzw. wird dies rechtlich verbindlich festgelegt?

17. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Wie hoch wäre der Kostenaufwand, wenn die Krankenversicherung der Kinder, deren Eltern Mitglied einer privaten Krankenversicherung sind, über einen entsprechenden Zuschuss aus dem Bundeshaushalt finanziert würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

18. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch wird in der Studie „Industriepolitischer Nutzen des Transrapid“, die im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen von Prof. Dr. Maennig in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Baum erstellt wurde, der industriepolitische Nutzen des Transrapid monetär quantifiziert, und in welchem Verhältnis steht dieser industriepolitische Nutzen zu den Baukosten für die Transrapidverbindung vom Hauptbahnhof München zum Flughafen München II?

19. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 16/2965 als rechtswidrig, weil keine Ermächtigung für die Länderbehörden in dieser Sache besteht, bezeichneten Modellversuch für Gigaliner des Landes Niedersachsen zu unterbinden, und wie steht die Bundesregierung zum Modellversuch für Gigaliner in Nordrhein-Westfalen?

20. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise wurden bzw. werden nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Bürgerinitiativen und Opferverbände sowie die französischen Initiatoren Beate und Serge Klarsfeld bei der Konzeptionsentwicklung der von der Deutsche Bahn AG in ihren Bahnhöfen geplanten Ausstellung über die Deportation von tausenden jüdischer Kinder in Konzentrationslager, darunter Auschwitz, einbezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

21. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen mit Frankreich über die Beteiligung Frankreichs an der Finanzierung des Großprojektes XFEL (Röntgenlicht-Freie-Elektronen-Laser)?

22. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum wurde die Beteiligung Deutschlands an ITER (Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor; Frankreich) nicht an eine verbindliche Zusage Frankreichs zur Beteiligung an XFEL gebunden?

23. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Position vertritt die Bundesregierung in dem Klageverfahren der EU-Kommission gegen Österreich bezüglich der Quotenregelung beim Hochschulzugang im Studienfach Medizin, und was waren die Ergebnisse des angekündigten Treffens zwischen dem österreichischen Wissenschaftsminister Johannes Hahn mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

24. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass zeitgleich zur Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag am 29. Januar 2007 die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer, im Rahmen des Forums Integration zu einer Sachverständigen- und Expertenanhörung zum Thema „Integration durch Sport“ ins Bundeskanzleramt einlädt und das gleichzeitige Stattfinden der Anhörung mit der Begründung entschuldigt: „Selbstverständlich ist dies in der Konzeption unserer Veranstaltung berücksichtigt worden.“ (vgl. Schreiben der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration vom Januar 2007)?

25. Abgeordneter **Christoph Waitz** (FDP)

In welchem Umfang gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland seit 1990 illegale Grabungen nach verborgenen, im Boden befindlichen Gegenständen, bei denen eine Fundanzeige unterlassen wurde (entdeckte Fälle, deren Relevanz und Dunkelziffer), und in welchem Umfang fanden diese „Raubgrabungen“ planmäßig statt (bitte nach Jahren auflisten)?

26. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)

In welchen konkreten Fällen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung einen kausalen Zusammenhang zwischen Fundverheimlichungen, Fundtourismus und der bestehenden Regelung des § 984 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit den diesbezüglichen Ländergesetzen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordnete
Marieluise Beck (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Kandidaten der demokratischen Opposition Chudaiberdy Orasow und Nurberdy Nurmamedow an den Präsidentenwahlen in Turkmenistan teilnehmen können?*)

28. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Aktivitäten und Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, damit die bevorstehenden Wahlen in Turkmenistan nach demokratischen Maßstäben ablaufen?

29. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung, in Übereinstimmung mit vielen Medien, die Charakterisierung von Guantanamo als „Hölle“ (so die Frankfurter Rundschau am 20. Januar 2007) für zutreffend?

30. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)

Welche Kriterien müssen nach Auffassung der Bundesregierung und den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend erfüllt sein, damit aus dem „Angebot“ einer ausländischen Regierung ein „offizielles Angebot“ wird?

31. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist beziehungsweise war die Praxis der Regierung der Republik Kasachstan zur Abschiebung von Flüchtlingen der uygurischen Minderheit in die Volksrepublik China Gegenstand der Gespräche der Vertreter der Bundesregierung mit dem kasachi-

---

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

schen Staatspräsidenten Nursultan Nazarbayev, der in dieser Woche die Bundesrepublik Deutschland besucht?

32. Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse hat das Treffen der Außenminister der NATO hinsichtlich der Anpassung der zivilen und militärischen Strategie und Operationsführung von ISAF in Afghanistan ergeben, und welche Initiativen gedenkt man gegenüber Pakistan zu ergreifen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333